

MIT EVA AUF „KULTURTOUR“

Ein Schild warnt vor der Weiterfahrt und möglichen verkehrsrechtlichen Konsequenzen am zentralen Parkplatz von Putgarten am Kap Arkona. Es ist kalt und zugig, der Himmel grau und eintönig. Der Winter ist zweifellos nicht die beste Zeit, um dem nördlichsten Zipfel von Mecklenburg-Vorpommern einen Besuch abzustatten. Unsere Landtagsabgeordnete Eva-Maria Kröger, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, fährt dennoch gerne auf die Insel Rügen.

Drei Termine stehen heute auf ihrem Plan, der erste in Putgarten mit dem Geschäftsführer der örtlichen Tourismus-GmbH und der Bürgermeisterin. Im Rügenhof erwartet man sie schon. Nach ein paar Minuten ist die Kälte aus Armen und Beinen gewichen, der heiße Kaffee tut ein Übriges. Das Gespräch dreht sich um die alltäglichen Sorgen und Nöte in der Gemeinde – und um

den Kultursommer von Kap Arkona, der in den vergangenen Jahren immer ein Highlight war. Dieses Jahr wird er ausfallen, die Finanzierung ist nicht mehr gesichert. Leider nichts Neues. Überall in Mecklenburg-Vorpommern hören wir, dass gerade

auf „Kulturtour“ zu gehen und der Szene im Land mal „auf den Zahn zu fühlen“, erklärt sie ihren GesprächspartnerInnen die Beweggründe für ihr Kommen. Das für die Entscheidung, in Sachen Kultur quer durchs Land zu reisen, auch das Ergebnis der LINKEN bei der Wahl im September 2016 ein Grund war, daraus macht sie keinen Hehl:

„Der 4. September 2016 war zweifellos eine politische Zäsur – für die politische Kultur und auch die Kulturpolitik“, sagt Eva. „Die Große Koalition abgestraft, die Grünen draußen, große Verluste für uns. Mit der AfD ist eine Partei ins Schweriner Schloss eingezogen, die ein zutiefst rückwärtsgewandtes kulturpolitisches Bild

propagiert und deren Kulturverständnis sich im Gestern erschöpft: Ja zu den „Kaisertagen“ in Heringsdorf, Nein zu Stipendien für Nachwuchskünstler.

Fortsetzung auf S. 3



die Kultur im Land als erstes dem Rotstift zum Opfer fällt, wenn die klammen Kommunen sparen. Für Eva als Kulturpolitikerin einer der Gründe, warum sie sich nach der Landtagswahl entschlossen hat,



Unsere Landtagsabgeordnete sucht den Kontakt zu Künstler*innen in M-V
Mehr dazu auf Seite 3



Etwa 400 Menschen gingen in Rostock gegen Erdogans Krieg auf die Straße
Mehr dazu auf Seite 5



Prof. Manfred Schukowsky wird 90 Jahre alt. Wir gratulieren
Mehr dazu auf Seite 6

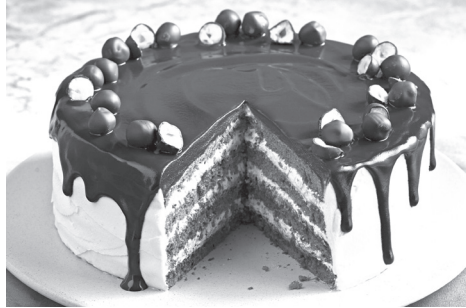
In dieser Ausgabe

Seite 2: Rüstungsexporte
Seite 3: Kulturtour
Seite 3: VVN-Gedenken
Seite 4: Inklusion
Seite 4: Aus dem Landkreis
Seite 5: Rojava und wir
Seite 6: Landwirtschaft

Seite 6: Manfred Schukowski
Seite 7: Bürgermeisterwahlen
Seite 8-9: GroKo ist Mist
Seite 10-11: Kurt Kaiser
Seite 12: Geschichte Rostocks
Seite 13: Rotfeder
Seite 14: Kreisvorstand HRO

Liebe Leserinnen und Leser, eine Torte für den Kreisvorsitzenden? Ins Gesicht? Nein, noch nicht! Stattdessen der Hinweis auf unseren traditionellen und beliebten Kuchenbasar zum 1. Mai auf dem Kastanienplatz. Wir möchten Euch herzlich bitten, unseren Basar mit Selbstgebackenem zu bereichern, damit wir nicht wieder so schnell ausverkauft sind wie im vergangenen Jahr. Mehr dazu in der März-Ausgabe des KLARTEXT.

Gute Traditionen müssen bewahrt werden, das ist eine ständige Herausforderung für unsere Parteiarbeit. Das betrifft nicht nur den 1. Mai, sondern auch weitere Gedenktage wie den 27. Januar (siehe Seite 3). Traditionell setzen wir uns auch für Frieden und für die Rechte Unterdrückter ein, so dass für uns die Teilnahme an der Demonstration der Kurden in Rostock am 27. Januar selbstverständlich war (siehe Seite 5). Ein großes Dankeschön an Johanna Jawinsky dafür, dass sie sich kurz vor Redaktionsschluss an ihren Computer setzte und



uns noch rechtzeitig den Artikel schickte. Ein Herz für Künstlerinnen und Künstler hatten Linke schon immer. Das wird auch im feinen Artikel über die Kulturtour von Eva wieder deutlich (Seiten 1 und 3). Und Wolfgang Bergt macht sich Gedanken über die Heinkel-Mauer, deren Abriss vermutlich bereits vollendet sein wird, wenn Ihr diese KLARTEXT-Ausgabe in den Händen haltet. Gerne weisen wir auch auf die Neuerscheinung von Kurt Kaiser hin, der dem Rostocker Stadtjubiläum eine Sammlung von sieben Werken widmet (siehe Seite 11).

Wir berichten außerdem über die Arbeit der Kreisvorstände in Rostock und dem Landkreis. Unsere Landesvorsitzenden kommen zu Wort und die Basis natürlich auch. Und nicht zuletzt weisen wir auf zwei 90. Geburtstage hin. Die Redaktion gratuliert und wünscht alles Gute!

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

KLARTEXT online

OFFENER BRIEF DER ÖKOLOGISCHEN PLATTFORM

Liebe Genossinnen und Genossen, wie Ihr sicher wisst, hat die Ökologische Plattform/AG Wirtschaftspolitik eine Initiative zu der kollektiven Erarbeitung und Einreichung eines ambitionierten Antrages an den nächsten Parteitag gestartet unter dem Motto „Solidarisch Wirtschaften damit es für alle gut reicht – bei uns, in der EU und Europa, weltweit“.

Wir wollen erstens die vielfältigen sozialen, ökologischen und internationalistischen Aktivitäten der Partei bündeln und sichtbar machen und neue derartige Aktivitäten anregen. Zweitens wollen wir die innerparteiliche politische Bildung zu Fragen des sozialökologischen Umbaus bzw. der sozialökologischen Transformation befördern. Schließlich geht es hierbei um nichts weniger als die grundlegende Umgestaltung der Produktions- und Konsumtionsstrukturen, der gesellschaftlichen Produktions- und Lebensweise. Das bedeutet zugleich die tiefgreifende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Daher wollen wir drittens das soziale, öko-

logische und internationalistische Profil unserer Partei schärfen, bündnispolitisch qualifizierter wie attraktiver und insgesamt politikwirksamer werden.

Wir möchten unsere Einladung zur Mitwirkung an dem kurz umrissenen Vorhaben erneuern und bitten, uns zunächst bis zum 10.2.2018 Ideen, Materialien, Vorschläge usw. zu senden. Ende Februar wollen wir dann einen ersten Vorschlag für den Antrag an den Parteitag zur Diskussion stellen. Wir warten also ungeduldig auf Eure Post. Kontakt: projekt@oekologische-plattform.de

Mit solidarischem Gruß
SprecherInnenrat



Moralisch verkommener Rüstungsexportboom

Nachricht von Dietmar Bartsch und Stefan Liebich

Die schwarz-rote Bundesregierung von 2014 bis 2017 hat deutlich mehr Rüstungsexporte genehmigt als die Vorgängerin von Union und FDP. Der Gesamtwert der Lieferungen lag in diesem Zeitraum bei 25,1 Milliarden Euro und damit 21 Prozent höher als in den Jahren der schwarz-gelben Koalition von 2010 bis 2013. Die Lieferungen in Drittstaaten außerhalb von EU und NATO nahmen sogar um 47 Prozent auf 14,48 Milliarden Euro zu. Alleine 2017 wurden Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von 3,79 Milliarden Euro an diese sogenannten Drittländer exportiert. Das sind 127 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Die vorläufigen Zahlen teilte das Wirtschaftsministerium in seiner Antwort auf die Anfrage von Außenpolitiker Stefan Liebich mit.

“Wir fordern die Bundesregierung auf, alle Verkäufe in den Nahen Osten zu stoppen. Tut sie das nicht, hat man dort natürlich auch eine Mitverantwortung für das Sterben in Jemen und anderswo”, kommentiert Stefan Liebich die Zahlen.

“Die Große Koalition hat total versagt. Die Zahlen, die jetzt öffentlich geworden sind, zeigen, dass es ein Maß auch an moralischer Verkommenheit gibt, was ich nicht für möglich erachtet habe. Es ist doch unfassbar, dass wir an solche Diktaturen Waffen liefern. Die, die reden, wir müssen Fluchtursachen bekämpfen, befördern das, indem sie Waffen in diese Länder exportieren. Ich finde das völlig inakzeptabel. Zumal: Vor den letzten Verhandlungen hatte die SPD, glaube ich, vor ihrem Mitgliederentscheid gesagt, dass sie einen anderen Kurs einschlagen wird. Ich finde das völlig unverantwortlich”, sagte Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch im ARD-Morgenmagazin.

Die SPD hatte Ende 2013 angekündigt, in der Großen Koalition eine restriktive Genehmigungspraxis durchzusetzen - allen voran Vizekanzler Sigmar Gabriel, der drei Jahre lang als Wirtschaftsminister dafür zuständig war. “Die SPD und insbesondere Sigmar Gabriel haben immer gesagt, dass sie restriktiver als die Vorgängerregierung sein wollen. Damit sind sie offensichtlich gescheitert”, bescheinigt Stefan Liebich Merkmals Juniorpartner.

Die Rüstungsexportpolitik ist auch in den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen ein Thema. Bereits in den Sondierungsgesprächen haben Union und SPD sich verständigt, die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 zu “schärfen”.

Mit Eva auf „Kulturtour“

Fortsetzung von S. 1

So eine Kulturpolitik ist für uns inakzeptabel, da möchte ich etwas dagegensetzen“ erklärt sie ihre Motivation und ergänzt: „Das einzig Gute am 4. September 2016 war, dass die NPD endlich aus dem Schweriner Schloss verschwunden ist – das war ein kultureller Gewinn.“ Wenn wir uns kümmern wollen, dann heißt es: Raus aus dem Büro, mit den Künstlerinnen, Kreativen und Kulturaffinen sprechen, ihre Ängste, Sorgen, Kritik, Anregungen mitnehmen – und diese ins Parlament tragen.

Die Idee, jeden Freitag durch's Land zu fahren und Kulturschaffende, Kulturinstitutionen und kulturelle Bildungseinrichtungen zu besuchen, war geboren und wird mit der „Kulturtour“ in die Tat umgesetzt.

Und was Mecklenburg-Vorpommern für ein gewaltiges kreatives Potential hat!

Eva berichtet begeistert von der Wollweberin und dem Kunstschmied, der Handspinnerin und dem Töpfer, vom Buchdrucker, Bildhauer und Maler. Gerade der ländliche Raum offenbart sich in M-V als Sammelsurium an kreativen Köpfen und überrascht mit künstlerischer Vielfalt.

Doch neben der kreativen Vielfalt gibt es auch die Vielfalt der Sorgen und Nöte. „Viele Kreative und Kulturschaffende können eher schlecht als recht von ihrer Arbeit leben,



beuten sich selbst aus, haben Schwierigkeiten als Kreative Zugang zur Künstler-sozialkasse zu bekommen“, sagt Eva und mutmaßt: „Ein Grund dafür liegt sicherlich in der kaum vorhandenen Wahrnehmung der Kultur- und Kreativbranche im Land, die nach dem Tourismus die meisten sozialversicherungspflichtigen Jobs in der freien Wirtschaft stellt – vor den Werften. Eine durchaus ernstzunehmende wirtschaftliche Kraft also, die im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt eine immer größere Rolle spielen wird“, sagt sie. „Hier muss sich dringend was ändern. Die Kultur- und Kreativbranche wird zu wenig wahrgenommen, ihr Potential noch zu wenig erkannt. Die Kreativen haben keine Lobbyistin in Schwerin“, erklärt sie verschmitzt und sagt: „In der Rolle sehe ich mich.“



Der Kaffee ist alle. Der nächste Termin wartet.

Es geht nach Putbus, wo Eva in einer Galerie erwartet wird und danach noch ein Atelier besucht. Wann sie denn heut Abend zu Hause sein wird, fragt der Geschäftsführer halb mitleidig, halb belustigt. „Spät“, antwortet Eva und lacht: „Landtagsabgeordnete sind eben irgendwie immer im Dienst, außer am Sonntag. Dann nehme ich mir Zeit für die Familie und für's Backen.“ Den ausfallenden Kultursommer nimmt sie mit. „Als Hausaufgabe“, sagt sie und macht sich eine Notiz. „Genau darum bin ich hergekommen“.



Jörn Schulz, Referent für Kultur in der Landtagsfraktion DIE LINKE



Vor 73 Jahren wurde das Vernichtungslager Auschwitz von der Roten Armee befreit

Wir gedenken der Opfer des Nationalsozialismus. Gestern, heute, morgen. Für immer. Die Gräueltaten des NS-Regimes in ihrer Brutalität und in ihrem Ausmaß dürfen nicht in Vergessenheit geraten oder verharmlost werden. Sie müssen im täglichen Denken und Handeln verankert bleiben, um zu verhindern, dass sich solche Verbrechen jemals wiederholen.

Auf dem Foto: VVN-Gedenken im Rosengarten mit Eva-Maria Kröger, Karsten Kolbe und Steffen Bockhahn

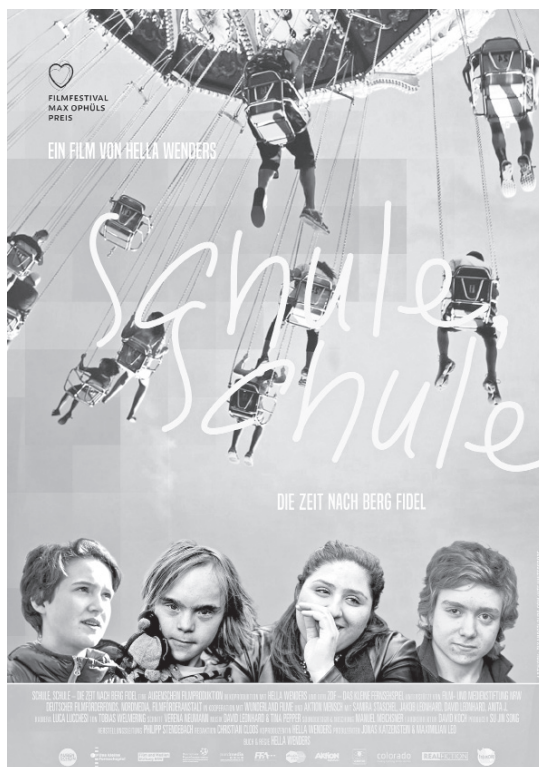
Förderschulen versus UN-Behindertenrechtskonvention?

Anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderungen führte die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik M-V mit dem Kreisverband Rostock am 1. Dezember 2017 in Rostock eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema „schulische Inklusion“ durch. Im Lichtspieltheater Wundervoll in Rostock wurde zunächst der Film „Schule. Die Zeit nach Berg Fidel“ gezeigt. In diesem Film dokumentiert die Filmmacherin Hella Wenders die verschiedenen Träume, Hoffnungen, Sorgen und Ängste der vier Heranwachsenden David, Jakob, Anita und Lucas. David, der fast gehörlos ist und Lieder komponiert, Jakob, der mit einer Trisomie 21 lebt und der beste „Gute-Laune-Verbreiter“ ist. Anita aus Serbien, die um ihren Schulabschluss kämpfen muss. Und die hochbegabte Samira, die Probleme mit ihrer Clique hat. Die Vier hatten zunächst gemeinsam die inklusive Grundschule Berg Fidel in Münster besucht und mussten dann auf unterschiedliche weiterführende Schulen wechseln. Dieser Film zeigt sehr anschaulich, was es mit Kindern macht, wenn sie aussortiert werden. Nach der Filmvorführung wurde in einer Podiumsdiskussion der Frage nachgegangen, ob und wie Förderschulen und die UN-Behindertenrechtskonvention zusammenpassen. Auf dem Podium saßen Prof. Dr. Christoph Perleth, Behindertenbeauftragter der Uni Rostock, Andrea Hentzschel, Schulleiterin der Paul-Fried-

rich-Scheel-Schule, Förderzentrum für körperbehinderte Schüler*innen aus Rostock, die Sonderpädagogin Andrea Krause vom Schulcampus Evershagen, Preisträger des Jacob-Muth-Preises für inklusive Schule 2017, Deike Ludwig, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sonderpädagogische Entwicklungsförderung und Re-

habilitation (ISER) sowie Torsten Zarnikow, Mitglied im Vorstand des Landeselternrates.

An der anschließenden offenen Debatte beteiligten sich viele Interessierte. Sie waren sich darin einig, dass Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und sicherstellen muss, dass auf allen Bildungsebenen angemessene Vorkehrungen bereitgestellt werden. Dazu gehören die nötigen finanziellen Ressourcen. Dazu gehören gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen. Pädagogen, die von Wertschätzung und Zutrauen in wechselseitiger Anerkennung der individuellen Kompetenzen ausgehen. Dazu gehört eine neue Lernkultur. Denn wenn wir über dieses Thema reden, wenn wir gar über die Abschaffung der Förderschulen sprechen, muss uns klar sein, dass es schwer werden wird, in den bestehenden Strukturen ALLEN Schüler*innen gleichberechtigte Zugangswege zur Bildung zu eröffnen – sowohl den Hochbegabten, den Kinder mit Behinderungen, die Sportskanonen, den handwerklich Veranlagten und und und. Jedes Kind ist es wert, gefördert zu werden. Dagegen stehen in dieser Leistungsgesellschaft aber die verschiedensten kommerziellen Interessen.



Margit Glasow

Aus dem Landkreis

Erste Beratung des Kreisvorstandes Landkreis Rostock im Jahr 2018

Am 17. Januar traf sich der Kreisvorstand Landkreis Rostock zu seiner ersten Beratung im neuen Jahr. Zu Beginn informierte Susanne Krone, stellvertretende Landesvorsitzende, über die Landesvorstandssitzung vom 06. Januar in Chemnitz bei Neubrandenburg. Die Mitglieder des Kreisvorstandes waren sich darüber einig, dass das Gezerre um die Findung eines neuen Landesgeschäftsführers den Landesverband, die beiden Vorsitzenden und die beiden Kandidaten beschädigt hat. Ein Neuanfang, für eine auf die Probleme der Bürgerinnen und Bürger gerichtete politische Arbeit unseres Landesverbandes, war das nicht. Das Gegenteil ist der Fall, es war ein kompletter Fehlstart.

Bleibt die Frage, was sich die Beteiligten dabei gedacht haben? Oder haben sie die Folgen eines solchen Handelns erst gar

nicht bedacht, weil es ihnen nicht um die Interessen unserer Partei und damit der Mehrzahl unserer Mitglieder geht, sondern nur um eigene Macht- und Einflussinteressen? Wenn es zum neuen Arbeitsstil einiger Mitglieder oder eines Mitglieds im Landesvorstand gehört, dass Informationen aus einer geschlossenen Vorstandssitzung schon an die Öffentlichkeit gelangen, noch bevor die Sitzung beendet ist, dann sehe wir keine Grundlage für eine vertrauensvolle, solidarische Zusammenarbeit.

Für unsere politische Arbeit ist aber gerade diese Zusammenarbeit eine wesentliche Voraussetzung. Unter den Mitgliedern des Kreisvorstandes herrschte Einvernehmen, dass die Beschäftigung mit uns selbst uns sehr viel wertvolle Zeit gekostet hat. Sämtliche Energie muss jetzt auf die politische Arbeit zur Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme gerichtet werden. Es geht u.a. um die inhaltliche und personelle Vorbereitung der Europa- und

Kommunalwahlen im Jahr 2019. Das war ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung unserer Kreisvorstandssitzung.

Im weiteren Verlauf der Beratung ging es um Schwerpunktaufgaben der Arbeit des Kreisverbandes im Jahr 2018. Dazu zählen der Internationale Frauentag, der 1. sowie der 8. Mai, der 200. Geburtstag von Karl Marx, der Weltfriedenstag, der 100. Jahrestag der Novemberrevolution und die Beteiligung an der Friedensdekade im November 2018. Der Kreisvorstand wird dazu in dezentralen Beratungen mit Vorsitzenden der Basis- bzw. Gebietsorganisationen in den Ideenfindungsprozess und Erfahrungsaustausch treten. Am 21. April wird sich der Kreisvorstand während einer Klausur mit den Ergebnissen der Analyse befassen und weitere konkrete Festlegungen für die inhaltliche Arbeit treffen.

Peter Hörnig (Kreisvorsitzender DIE LINKE. Kreisverband Landkreis Rostock)

Rojava und wir



In Goethes Faust heißt es an einer Stelle: „was ficht's mich an wenn in der fernen Türkei die Waffen aufeinanderprallen...“

Vor einiger Zeit war ich zu einem Vortrag im Peter-Weiss-Haus. Es berichtete eine Deutsche, die ein halbes Jahr mit den Frauen in Rojava gelebt hat, was dort die Frauen in einem Teil des Kurdengebietes Erstaunliches zustande gebracht haben. Sie schufen ein System der Selbstverwaltung – eine Form der Basisdemokratie – richteten Kindergärten und Schulen ein und kümmerten sich um medizinische Versorgung. Um das zu schützen – es gab ja Drohungen von mehreren Seiten – stellten sie ein Frauenbataillon auf.

Es schmerzt mich zutiefst, dass nun die türkische Armee mit d e u t s c h e n Panzern das alles niederwalzen wird. Ich glaube nicht, dass die kurdischen Kräfte dieser Übermacht standhalten können. Endlich schien sich die Situation in Syrien zu entspannen, da wurde erneut die Kriegsfackel entflammt. Erdogans Truppen sind in syrisches Staatsgebiet einmarschiert – das ist ein akuter Völkerrechtsbruch, der zu Strafaktionen im Sinne des Völkerrechts führen müsste. Aber Deutschland hält sich mit lauen Erklärungen zurück. Dabei wäre es erforderlich jetzt schon zu beantragen, Erdogan vor das internationale Kriegsgericht zu stellen.

Am 27. Januar war nun eine Demonstrati-

on gegen das unglaubliche Kriegsverbrechen Erdogans und die Rüstungsexporte Deutschlands in die Türkei angesagt. An der Demonstration nahmen in der Mehrzahl Kurden teil. Ich hätte mir gewünscht, dass dem Aufruf der Linken daran teilzunehmen, mehr Rostocker gefolgt wären. Es kann uns doch nicht gleichgültig sein, dass wieder Menschen – darunter Kinder – auch durch unsere Schuld sterben. Oder: siehe Zitat aus Goethes Faust.

Text: Johanna Jawinsky

PS. Es wäre angebracht, eine sachkundige Diskussion über die Kurdenfrage zu führen. Bei der Nationenbildung haben sie es nicht geschafft, eine eigene Nationalität zu gründen und wurden schon vor dem 1. Weltkrieg und werden noch immer von mehreren Seiten verfolgt.

*

Auch der Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock hatte zur Teilnahme an der Kundgebung aufgerufen:

PRESSEMITTEILUNG: „Wir wollen ein starkes Signal der Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden in Afrin aussenden“, erklären die Rostocker LINKEN-Vorsitzenden Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin. „Die Kurden haben im Kampf gegen den IS große Opfer gebracht. Sie haben eine demokratische Selbstverwaltung aufgebaut und garantieren die Gleichberechtigung der Frau. Doch anstatt diese vielversprechende Entwicklung aktiv zu unterstützen, sehen die westlichen Demokratien tatenlos dabei zu, wie Panzer des NATO-Partners Türkei in Syrien einrücken. Die Untätigkeit der deutschen Regierung ist empörend.“

Die LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich mit allen Mitteln für ei-

nen Rückzug der Türkei einzusetzen. „Der Gedanke ist unerträglich, dass auch mit deutschem Kriegsgerät die von Präsident Erdogan angekündigte Vertreibung der kurdischen Bevölkerung umgesetzt werden soll. Diese Unterstützung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges verstößt gegen das Grundgesetz und führt einmal mehr vor Augen, wie verantwortungslos Rüstungsexporte sind“, erklären Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin abschließend.



Johanna Jawinsky spricht



Fotos: Nurgül Senli

Mehrheit in M-V für zwölf Euro Mindestlohn

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Ostsee-Zeitung spricht sich die Mehrheit der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern für einen höheren gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zwölf Euro aus. DIE LINKE sieht sich in ihren langjährigen Forderungen bestätigt: „DIE LINKE fordert zwölf Euro. Mindestens 11,67 Euro seien nötig, um Kinder- und Altersarmut zu verhindern“, so Wenke Brüdgam.

Wir bleiben dran, denn für M-V ist der Mindestlohn besonders wichtig, ist die Tarifbindung von Unternehmen doch hierzu-

lande sehr gering! Zwölf Euro Mindestlohn würden die Binnenkaufkraft steigern und weitere positive Effekte entfalten:

- Altersarmut wird durch höhere Beträge zur Rentenversicherung verhindert.
- Die jetzigen 8,84€ genügen nach 40 Jahren Arbeit nicht, für eine auskömmliche Rente über dem Sozialhilfeniveau.
- Die ausufernde Kinderarmut kann zurückgedrängt werden, wenn Eltern am Ende des Monats mehr Geld zur Verfügung haben.

Auskömmliche Löhne verhindern die Abwanderung von Fachkräften aus M-V. Im Übrigen möchten wir darauf verweisen, dass der von der sogenannten „Mindest-

lohnkommission“ ermittelte Betrag von 8,84€ lediglich den zurückliegenden Anstieg der Entgelte berücksichtigt, die auf Basis von Tarifen gezahlt werden. Insofern stellt der so erhobene Mindestlohn ein Zerrbild der Wirklichkeit dar. Notwendig wäre ein Abgleich mit dem lebensnotwendigen Bedarf!



Ein interessanter Einblick für uns Stadtbewohner in die Entwicklung der Landwirtschaft

Unsere BO 245 in der Rostocker Südstadt hat sich sehr oft mit Problemen unserer Stadt beschäftigt, u.a. mit der Ent- und Abwicklung des Volkstheaters, der Arbeit unserer Bürgerschaft, dem Verhältnis von Bürgerschaft und Stadtverwaltung und der Demokratieentwicklung. Als wir über das Programm unserer Partei zur letzten Bundestagswahl diskutierten, ergaben sich auch interessante Fragen zur Landwirtschaft, zu denen wir selbst aber nur wenige befriedigende Antworten fanden.

Mit Hilfe unserer Genossen im Landkreis konnten wir den ehrenamtlichen Bürgermeister von Papendorf, Genossen Klaus Zeplien, als Diskussionspartner gewinnen. Er hat die Entwicklung der funktionierenden LPG zur Agrargesellschaft als Geschäftsführer wesentlich mitgestaltet. Mit großer Sachkenntnis konnte er nicht nur unsere Fragen beantworten, sondern die selbst erlebten Ereignisse in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen darlegen. Von den diskutierten Fragen waren für uns zwei Schwerpunkte besonders interessant:

1. Die Treuhand setzte die gesetzlich vor-

gegebene Aufgabe zur Privatisierung rigoros um. Die Privatisierung der volkseigenen Güter war relativ einfach zu vollziehen. Sie wurden verkauft, vorwiegend an kapitalkräftige Landwirte aus den westlichen Bundesländern.

Die Auflösung der LPG war komplizierter. Es musste geklärt werden:

- Welche Eigentumsanteile gehörten den einzelnen LPG-Mitgliedern?

- Wie ist das Verhältnis von eingebrachten und erarbeiteten Eigentumsanteilen zu ermitteln?

- Welche Eigentumsrechte haben die Erben der LPG-Bauern, wenn diese nicht in der Genossenschaft tätig waren?

Das Land musste verkauft und gekauft werden.

2. Wer kaufte das Land (Äcker, Wiesen, Wald, Seen)?

Die Käufer kamen mehrheitlich aus den alten Bundesländern. Dabei wurden eine Reihe von Vergünstigungen genutzt, z.B. Steuererleichterungen und Abschreibungsfristen. Aber nicht nur Landwirte interessierten sich für den Erwerb landwirtschaftlichen Eigentums. Große Konzerne

erkannten den Wert der bäuerlichen Arbeit zur Profit-Gewinnung. Solche Konzerne, die in die landwirtschaftliche Produktion investieren, sind Eigentümer von Ackerland und Viehherden, aber nicht in der landwirtschaftlichen Produktion tätig.

Es entstehen wieder ländliche Strukturen, die an vergangene Zeiten erinnern. Ein betriebswirtschaftlich kundiger Verwalter sorgt sich um das Betriebsergebnis. Er ist nur seinem Arbeitsgeber verantwortlich.

Außerdem wird die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion vorangetrieben: Viehhaltung oder Ackerbau. Das läuft ab mit einer Reduzierung der Arbeitskräfte auf den Großbetrieben, weniger Arbeitskräfte, die keine Eigentümer mehr sind. Davon ist auch die ländliche Infrastruktur negativ betroffen: weniger Arbeitskräfte, weniger Familien, weniger Einrichtungen der Daseinsvorsorge, weniger öffentliche Verkehrsmöglichkeiten.

Wir wollen die interessante Diskussion fortsetzen und im Sommer die Agrargesellschaft besuchen.

Helga Tessmann; Roland Wegmann; BO245

Manfred Schukowski - Ein Professor im „Unruhestand“ mit 90 Jahren

Mit einer kleinen Gratulantschar überbrachten wir die Glückwünsche des Kreisvorstandes und des Stadtteilverbandes DIE LINKE Lütten Klein zum 90. Geburtstag von Gen. Professor Manfred Schukowski. Sehr gerührt, fast brav, bedankte er sich und war über die Gratulanten sehr erfreut. Ich war überrascht von seiner Vitalität und Ausstrahlung, denn es war mein erster Besuch bei ihm Zuhause. Voller Lebenspläne steckt er immer noch, sagte er, es gibt in seiner Lebensplanung keinen Stillstand. Im Stillen wünschte ich mir, es wäre auch so, wenn ich 90 Jahre alt sein würde.

Die legendäre astronomische Uhr der Marienkirche zu Rostock liegt ihm besonders am Herzen. Schon lange engagiert er sich unermüdlich um Rostocks berühmte Uhr. In Presse, Funk und Fernsehen war mehrfach von seinem Einsatz zu hören und zu lesen. Die Erneuerung des Uhrenziffernblatt um weitere 133 Jahren ist ein Höhepunkt in der letzten Zeit seines Schaffens und eine Meisterleistung, auf die er sehr stolz ist. Ich kann dem ehrfürchtig nur beipflichten.

In einer ihm eigenen lockeren Art resümierte er sein Leben. Sein Berufsleben be-

gann nach dem Krieg als Junglehrer. Seine Lebensmaxime war stets zu lernen und das erworbene Wissen in seinem vielfältigen Leben an die jüngere Generationen weiter zugeben.

An seiner Seite war und ist seine Frau eine unerlässliche Stütze, dies betonte er mehrfach und strahlte dabei übers ganze Gesicht. Seine Frau verfasste als Erste ein kleines Kinderbuch über die Uhr. Gemeinsam schrieben sie dann ein zweites Büchlein, welche die Uhren hier im Norden vorstellt.

Warmherzig verabschiedeten wir uns mit dem Versprechen, den Kontakt häufiger zu pflegen und von seinem Wissen profitieren zu wollen, was er uns versprach.

Hans-Jürgen Donner



LRO: Unsere Bürgermeisterkandidat*innen

Andrea Conteduca wurde am 10. Januar 2018 in geheimer Wahl von den Mitgliedern der Basisorganisation DIE LINKE. Ostseeheilbad Graal-Müritz zur Bürgermeisterkandidatin für die Wahl am 22. April 2018 nominiert. Andrea ist Betriebswirtin, arbeitet seit 13 Jahren in der Tourismus und Kur GmbH des Ostseeheilbades und ist Vorsitzende der Basisorganisation unserer Partei.

„Mehr Bürger, weniger Meister“ lautet das Motto von **Dirk Stübs**, Bürgermeisterkandidat in Wittenbeck. Dirk Stübs ist seit mehr als 10 Jahren parteiloser Gemeindevertreter für die PDS und jetzt für DIE LINKE in der Gemeinde Wittenbeck. Zeitliche Probleme bei der Nominierung verhinderten, dass es als Kandidat unserer Partei für das Bürgermeisteramt aufgestellt werden konnte. Er kandidiert jetzt als parteiloser



Einzelkandidat mit unserer Unterstützung. Seit Oktober 2017 leitet er die Amtsgeschäfte bereits als Interimbürgermeister. Er wurde am 25.03.1967 im Ostseebad Kühlungsborn geboren. Seit 47 Jahren lebt er in der Gemeinde, seit 18 Jahren ist er Gemeindevertreter und Vorsitzender des Sozialausschusses. Zudem ist er Grün-



dingsmitglied von Dorfleben e.V. Seine Ziele: „Ich werde das Dorfleben fördern. Wittenbeck soll sowohl für Alteingesessene wie auch für Neubürger attraktiv sein. Ich möchte das Ehrenamt stärken und die hiesigen Vereine tatkräftig und finanziell unterstützen.

Ich setze mich für die fortbestehende Eigenständigkeit unserer Gemeinde ein. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen enger werden. Ich will die wirtschaftliche Lage der Gemeinde verbessern. Mehr Gewerbe muss sich neu ansiedeln, dafür wird die Gemeinde Flächen zur Verfügung stellen. Die Nachfrage dafür ist da. Mehr Gewerbesteuern bringen höhere Schlüsselzuweisungen aus Einkommens- und Mehrwertsteuer.

Ich bin ein Kind der Gemeinde. Als ehrenamtlicher Bürgermeister ist es mein fester Wille, die kommenden Aufgaben zum Wohle der Wittenbecker weiter zu erfüllen.“

DIE LINKE im Bundestag:

Unser Wunschzettel für eine bessere Bahn

Gerade um die Weihnachtszeit, aber nicht nur dann, sind Züge und Bahnhöfe voll und „Störungen im Betriebsablauf“ besonders ärgerlich. „Zugausfall wegen Schneefall“ – das hatten wir dieser Tage auch schon. Dazu völlig überfüllte Züge, Verspätungen, eiskalte Füße, verpasste Anschlüsse ...

Warum läuft die Bahn nicht so rund, wie sie eigentlich könnte? Zum Beispiel, weil es zu wenig Reserven beim Personal und bei den Fahrzeugen gibt; weil die Gleisanlagen überaltert und störanfällig sind, weil Ausweichstrecken fehlen ...

DB an sozialen Zielen statt am Bilanzgewinn ausrichten

Und warum ist das so? Weil die Bahn vor über 20 Jahren formal privatisiert wurde; weil der Konzern in 20 Unternehmen zergliedert ist, die teils in Konkurrenz zueinander stehen; weil die DB-Aktiengesellschaft vor 10 Jahren auf Börsenkurs getrimmt wurde: 7.000 km Gleise stillgelegt, 1.500 Bahnhöfe geschlossen, 40.000 Weichen entfernt, mehr als 100.000 Stellen abgebaut (über ein Drittel des Personals) – um Kosten zu sparen und den Profit potentieller Aktionäre zu erhöhen.

Dieser Plan ist gescheitert. Aber keiner der politisch Verantwortlichen (Bundestagsmehrheit, Verkehrsminister oder Kanzlerin) hat bisher wirklich den Kurs geändert.

Das ist aber dringend nötig – und möglich! Die DB (das größte öffentliche Unternehmen) muss endlich an sozialen und ökologischen Zielen ausgerichtet werden und nicht am Bilanzgewinn. Und anstatt – wie geplant – 55 Milliarden Euro in neue Autobahnen und Bundesstraßen zu stecken, kann die Bahn-Infrastruktur mit allen Kräften ausgebaut werden: mehr Nebenstrecken, mehr einladende Bahnhöfe, mehr Wartung und Instandhaltung.

Und: ein Management, das Erfahrung hat mit dem System Eisenbahn, bei dem es vor allem auf gute Zusammenarbeit aller Beteiligten ankommt. Banker, Juristen, Automobil- oder Flugverkehrsmanager sollten nicht an der Spitze stehen.

Mitbestimmung der Fahrgäste und der Beschäftigten nötig

Außerdem sollen die Fahrgäste und die Beschäftigten mehr Einfluss auf die Entwicklung nehmen: Deren Erfahrungsschatz könnte in Bahn-Räte eingebracht werden, die mitentscheiden, wenn es um die konkreten Angebote, Investitionen und Verbesserungen geht.

Eine der krassesten Fehlentscheidungen der Spitzen von Regierung und DB-AG war das Großprojekt Stuttgart21: ein unterirdischer Bahnhof für voraussichtlich 10 Milliarden Euro, der die Kapazität für

den Bahnverkehr verkleinern wird, längst unwirtschaftlich ist, mit hohen Baurisiken behaftet, noch längst nicht fertig und zu Recht noch immer umstritten.

Zum Glück ist die Protestbewegung in Stuttgart noch am Leben und hat ein fachkundiges Konzept erarbeitet. Die bestehende Baugrube kann umgestaltet und mit dem renovierten Kopfbahnhof kombiniert werden (der ja immer noch steht und genutzt wird) – für mehr Gleise, mehr Komfort, bessere Umstiegsmöglichkeiten, komfortable ÖPNV-Anbindung ... und würde mit 5 Milliarden Euro auch deutlich weniger kosten.

Der Irrweg S21 wurde eingeschlagen, weil der Verkauf von Bahn-Immobilien die Bilanz der Aktiengesellschaft aufpolieren sollten, weil eine Shopping-Mall bedeutsamer schien als ein Bahnhof, weil gigantische Großprojekte manchen Männern Geld und Ruhm versprechen und weil (Tunnel-)Baukonzerne besonders viel daran verdienen.

Mit diesem Unsinn kann noch immer Schluss gemacht werden. Der Ausstieg aus Stuttgart21 wäre ein hervorragender Einstieg in eine neue Eisenbahnpolitik: Bürgerbahn statt Börsenbahn – unser größter Wunsch.

www.linksfraktion.de

Große Koalition - Großer Murks

Unbefriedigende Ergebnisse für den Osten - Vernünftige Weichenstellungen in den Überschriften, nur symbolische Untersetzung in der Finanztabelle

Zum Abschluss der Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU und SPD erklären die Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzenden der LINKEN in den ostdeutschen Ländern:

Was Union und SPD mit Blick auf eine mögliche neue Bundesregierung verabredet haben, ist zutiefst unbefriedigend - sowohl gemessen an den sozialen, ökonomischen und politischen Realitäten, aber auch gemessen an den Lehren, die aus dem Ergebnis der Bundestagswahl zu ziehen sind. Die herkömmlichen Rituale und Machtspiele der Bildung einer "Großen Koalition" erweisen sich als absurd, wenn eine solche Koalition gerade einmal die Hälfte der Wählerinnen und Wähler bzw. deutlich weniger als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger vertritt und wenn sich der größte Wahlverlierer - die Union - als dominanter Machtblock benimmt. Gerade angesichts der Tatsache, dass die Union ohne die SPD keine stabile demokratische Regierung bilden kann, wäre zu erwarten gewesen, dass in zentralen Punkten sozialdemokratische Positionen nicht nur als Überschriften oder substanzarme Hüllen auftauchen.

Gänzlich unakzeptabel sind die Verabredungen zur Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik. Die notwendige Entwicklung zu einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft in Deutschland und Europa den Positionen einer bayerischen Regionalpartei unterzuordnen, wird sich auch nicht als tragfähig erweisen.

Aus ostdeutscher Sicht werden einige

durchaus wichtige und richtige Weichenstellungen benannt - allerdings reicht die Energie bei weitem nicht aus, um den Zug auf diesen Gleisen auch wirksam in Fahrt zu setzen.

Es ist richtig, strukturschwache Regionen in Ost wie West verstärkt zu fördern - aber allein mit symbolischen Schritten und zusätzlichen Fördermitteln von gerade einmal 1,5 Mrd. Euro für regionale Strukturpolitik in ganz Deutschland samt Strukturwandel in den Kohle-Revieren Ostdeutschlands sowie Nordrhein-Westfalens kann dies keine

en wird dies nicht gelingen.

- Es ist richtig, den sozialen Wohnungsbau zu stärken - 2 Mrd. € mehr bundesweit und verteilt über vier Jahre allerdings bringen den ostdeutschen Ländern bestenfalls niedrige zweistellige Millionenbeträge und sind damit nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ähnliches gilt für die Bereitstellung von weiteren 3,5 Mrd. Euro für Gebührenfreistellung und zudem Qualitätsverbesserung bei den Kitas. Einem Land etwa wie Brandenburg beschert das 25 Mio. € pro Jahr - landesseitig werden aber zwischen 160 bis 200 Mio. € pro Jahr zur Umsetzung der Elternbeitragsfreiheit benötigt. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen oder anderswo sieht das nicht wesentlich anders aus.

- Es ist auch richtig, bei der gesetzlichen Krankenversicherung die paritätische Zahlung der Beiträge durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder herzustellen - es ist aber aus Gründen der Gerechtigkeit, mit Blick auf die anstehenden Investitionen sowie angesichts absehbarer künftiger Herausforderungen ein Fehler, auf die Einführung der Bürgerversicherung zu verzichten.

- Es ist gewiss nicht richtig, angesichts solcher Herausforderungen auf eine höhere Besteuerung der Hochverdienenden zu verzichten und zugleich der FDP mit der weitestgehenden Abschaffung des Solidaritätszuschlags ein verspätetes Geschenk nachzuwerfen. So ist es leider folgerichtig, dass Union und SPD nicht nur erneut am wirklichen Leben scheitern, sondern die Spaltung der Gesellschaft weiter vertiefen werden.



Total Irre!

Die reichsten 45 Haushalte in Deutschland besitzen das gleiche Vermögen wie die ärmsten 20 Millionen Haushalte.

Rückverteilen jetzt! DIE LINKE.

nachhaltigen Ergebnisse zeitigen.

- Es ist richtig, bei der Rente die erbrachte Lebensleistung umfassend zu würdigen - allein mit einem Rentenniveau von 48 Prozent, einer Grundrente von 10 Prozent über Grundsicherungsbedarf und weiter anhaltenden Benachteiligungen im Osten wie etwa für in der DDR geschiedene Frau-

Wir unterstützen die Forderungen der Beschäftigten:

- 6% mehr Lohn
- zeitweise Reduzierung der Arbeitszeit
- Zuschuss für Erziehung von Kindern und Pflege von Angehörigen

Tarifrunde
Auch die Beschäftigten sollen von der guten Auftragslage profitieren. Privat- und Erwerbsleben müssen besser vereinbar werden.

DIE LINKE.
www.die-linke-mv.de

WARNSTREIKS DER IG METALL

Auch in Mecklenburg-Vorpommern gab es bereits Warnstreiks der IG Metall Küste. Unsere Landesvorsitzenden Wenke Brüdgam und Torsten Koplin erklären sich solidarisch mit den Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Die von der Arbeitgeberseite angebotenen zwei Prozent mehr Lohn und 200 Euro Einmalzahlung sind bei der derzeitigen Konjunktur geradezu lächerlich.

Auch die Arbeitnehmer sollen von der guten Auftragslage der Unternehmen profitieren und verdienen deutlich mehr Lohn - auch zum Ausgleich stets steigender Mieten, Nebenkosten etc.

Zudem begrüßen sie ausdrücklich die Forderung nach der Ermöglichung von zeitweisen Reduzierungen der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden. Dies wäre ein wichtiger Schritt, Privat- und Erwerbsleben besser zu vereinbaren. Dazu zählt auch der in diesem Zusammenhang geforderte Zuschuss bei Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen.

In dieser Hinsicht könnte die Metall- und Elektroindustrie beispielgebend für andere Branchen werden.

Quittung für nicht eingehaltene Versprechen

Am 19. Januar veröffentlichte die Ostsee-Zeitung eine eigens beauftragte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa zur politischen Stimmung in Mecklenburg-Vorpommern.

Zu Schwerpunktaussagen haben unsere Landesvorsitzenden, Wenke Brüdgam und Torsten Koplín, Stellung genommen:

Sonntagsfrage zur Landtagswahl:

- SPD: 28% (Landtgswahl 2016: 30,6%)
- CDU: 20% (19%)
- AfD: 19% (20,8%)
- DIE LINKE 15% (13,2%)
- Grüne: 5% (4,8%)
- FDP: 5% (3%)

Brüdgam/Koplín: Im Vergleich zur letzten Landtagswahl geht DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern mit einem ermunternden Ergebnis aus dieser Umfrage heraus. Die Bürgerinnen und Bürger honorieren den Einsatz unserer Partei auf den Straßen und in den Parlamenten und geben uns den Auftrag, dieser Landesregierung weiter auf die Finger zu schauen. Das Ergebnis zeigt auch: Die Zeit der großen Koalitionen läuft ab. Die Bürgerinnen und Bürger sehen diese Koalition immer kritischer. SPD und CDU geben ihre Unterscheidungsmerkmale auf.

Wichtige Wahlversprechen wie die Beitragsentlastung bei der Kinderbetreuung gestalteten sich als Mogelpackung. Die kostenfreie Kita wurde auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Zukunftssichernde Investitionen in Vorpommern bleiben aus. Der eigens eingerichtete Vorpommern-Staatssekretär inszeniert sich größtenteils selbst und hat das Ziel von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Vorpommern aus den Augen verloren. Auch wenn die Umfrage eine Mehrheit aus SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen sieht, bleibt für einen Politikwechsel in diesem Land noch viel zu tun. Wir werden die Zeit bis 2021 nutzen, um mit den Bürgerinnen und Bürgerinnen die Vision von einem sozial gerechten, weltoffenen und modernen Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln.

Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung

- zufrieden: 50% (2017: 55)
- weniger oder gar nicht zufrieden: 43% (40%)
- unentschlossen: 7% (5%)

Brüdgam/Koplín: Die steigende Unzufriedenheit zeigt: diese Landesregierung liefert entweder gar nicht oder nur unzureichend ihre vor der Wahl getätigten Versprechungen ab. Wir verweisen abermals auf die Mogelpackung

„Beitragsentlastung bei der Kinderbetreuung“ und den ausbleibenden Investitionen in Vorpommern.

Die Menschen in diesem Land wollen eine Regierung die gestaltet und eine Vorstellung davon hat, was wir in M-V erreichen wollen. All dies liefert die SPD-CDU-Regie-

rung nicht. Sie verharrt und verwaltet.

Die drängendsten Problemen im Land (Mehrfachnennungen möglich)

- Lage am Arbeitsmarkt: 41%
- zu niedrige Löhne: 22%
- Infrastruktur: 20%
- Überalterung/Abwanderung: 10%
- soziale Probleme: 10%
- wirtschaftliche Lage: 8%
- Bildungspolitik: 7%
- Flüchtlinge/Zuwanderung: 7%
- ÖPNV: 7%
- Kinderbetreuung: 7%
- Gesundheitssystem: 5%

Brüdgam/Koplín: Die Ergebnisse zeigen: Leiharbeit, Befristungen und niedrige Löhne schaffen keinen Wohlstand und garantieren vielen Menschen in M-V keine Zukunft. Diese allesamt sozialen Fragen werden für viele Bürgerinnen und Bürger weiter in den Vordergrund rücken und uns zugleich Auftrag für eine sozial gerechte Politik in M-V sein, die zu mehr Tarifbindung, einem höheren Vergabemindestlohn und Antworten auf den demographischen Wandel und wichtige Zukunftsinvestitionen in unsere Infrastruktur führt.

Bringen die MV-Werften wirtschaftlichen Aufschwung?

- Ja: 68%
- Nein: 28%
- weiß nicht: 4%

Brüdgam/Koplín: Die Werften in Mecklenburg-Vorpommern bleiben ein wichtiger industrieller Stützpfiler der Wirtschaft. Hier werden gute Arbeitsplätze geschaffen. Wir sehen in diesen Ergebnissen allerdings auch den Ansporn, den Schiffsbau in M-V zukunftsfester zu gestalten und wollen das Thema Konversion weiter in den Vordergrund rücken und mit den Menschen und der Wirtschaft diskutieren.

Sollte der Bürgerschaftsrahmen für die Werften auf bis zu 400 Mio. Euro erhöht werden?

- Nein: 47%
- Ja: 39%
- weiß nicht: 14%

Brüdgam/Koplín: Die Werften in Mecklenburg-Vorpommern stehen im internationalen Wettbewerb. Das spüren viele Bürgerinnen und Bürger. Allerdings sind diese Umfrageergebnisse auch den Erfahrungen vergangener Werftenkrisen und den damit verbundenen Umgang der Landesregierung geschuldet.



DIE LINKE fordert:

Mieten runter!

Für eine echte Mietpreisbremse: Flächendeckend, unbefristet, bundesweit und ausnahmslos. Und: keine Mieterhöhung ohne Verbesserung des Wohnwertes.

DIE LINKE. Die Partei der Mieterinnen und Mieter!

Marcus Pink / flickr.com / CC BY 2.0 www.caren-lay.de

Dat düütsche Schicksalsjohr 1933 - Teil 2

Erklärung: Der folgende Text stammt aus dem zweiten von sieben Büchern, die ich zu Ehren des 800. Geburtstages unserer Hanse- und Universitätsstadt Rostock geschrieben habe. Das 2. Buch hat den Titel „Rostocker Ströper“. Es schildert das Leben von Rostocker Jungen und Mädchen, die in der Altstadt wohnten und gerne im Hafen und an der Warnow „ströperten“. Das folgende Kapitel bringt Auszüge, die ein Lagebild vom Januar 1933 widerspiegeln, wie ich es als 7-Jähriger aufgenommen und in Erinnerung behalten habe.

*

As Lotse har Alexander Klimke nu, am 29. Januar 1933, denn Frachter *LINCOLN* sicher an sienen Ladeplatz in ´n Rostocker Stadthafen bröcht. Dat Löschen von denn Frachter güng ut twei Luken mit je eine Wind vör sik. Dorbi schafften de Männer üm „de Roden“, Schmidt un Winter, binah dat Duppelte as de bruhn SA-Kolonn üm denn Nazi, Hagemann.

Dementspräkend seech denn ok de Entlohnung ut: Während de *Schmidt-Winter-Crew* mit ´ne dicke Lohntüt nah Hus güngen un sik as Sieger fühlten, wier dat bi de Hagemann-Rott genau ümgekiert. De Aktionseinheit von kommunistisch und sozialdemokratisch organisierte Habenarbeiter fierte hier noch ´mal einen groten Triumph. Dorbi harn grad de „Hagemänner“ allen Grund fröhlich tau sin un denn 30. Januar 1933 tau fiern:

Ehr Führer, Adolf Hitler, wier an dissen Dach as Reichskanzler insett worn.

*

Bi de Reichstagswahlen von ´n 6. November 1932 harn de Nazis noch zwei Millionen Stimmen gegenüber den Wahl von ´n Juli ´32 verloren, wat Hoffnung up ein Aktionseinheit twischen SPD und KPD geef. Oewer dat Bank- und Industriekapital forcierte de #Machtergreifung#, und Reichspräsident Paul von Hindenburg har se nu Hitler oewerdragen.

Dit wier ein Schicksalsstun för de Weltgeschichte! Hitler wull sik nu dörch Erfolge legitimieren, un swors: Tauerst gegen de Arbeitslosigkeit, wobi de Rüstungsindustrie, de Reichsautobahnbu un de Wohnungs- un Siedlungsbu ein wichtig Rull spälten süll. Un denn güng dat ok üm de Außenpolitik: Nix wier dunntaumul in Dütschland populärer as Entscheidungen, de geeignet wieren, dat „Nedderlag-Drohma von 1918“ tau linnern. Dortau süll 1936 de Besetzung von de entmilitarisierte Zon von dat Rheinland gehören. In Dütschland siegte de „Führermythos“, de nich blos Macht oewer de Köpp sonnern ok ehre Gehirne ansträwte. As twei Johr später dörch denn „Anschluss“ von Österreich, ein großdütsche Drohm in Erfüllung güng, erreichte dat Anseh'n Hitlers schwinneleerrägende Höh ´n.

De Dütschen schöpften werrer Maut: Arbeit, Brot und Fräden harn se siet denn verlorenen Krieg ersäht, nu endlich schiente eine niege un bätere Tied tau kamen!

Oewer dat wier ein Trugschlutt: Schon mit ehren iersten Maßnahmen erwieste sik de Naziregierung as hemmungslose Interessenverträder von de Monopolisten.

Dat Verbot von de KPD un de Verfolgung von Kommunisten, begünn mit denn Reichstagsbrand, an ´n 27. Februar 1933. De Nazis orientierten sich von Dach tau Dach ok mihr up de Sozialdemokraten un annere Demokraten.

Johann Schmidt, de, as Rentner – ok politisch noch hellwaak – dat Läben in de Stadt beobachtete, resümierte gegenoewer sienen Soehn, *Hannes*: „So is nu mal dat Läben! Dat Volk hett dei Näs vull von Zank un Striet twischen dei Parteien, vör allem twischen Sozis und Kommunisten! Dat hett uns noch immer deiper dahl räten. Nu hemm wi Hitler wählt, weil wi glöben, dat hei stark naug is, üm werrer Ordnung in uns arm Düütschland tau bringen.“

„Ja, Vadder,“ stimmte *Hannes* tau:

„Dit is trurig oewer wohr: wi sünd allein schuld, dat dei Nazis an dei Macht kamen sünd, nu kricht wi dei Quittung. Hitler sall seggt hem ´, dat hei sick dat Ziel stellt het, dörtig Parteien ut Düütschland rut tau fägen.“

Johann fohrte mit sien Hand dörch de Luft, als wull hei ´ne Schmeißfleig verjagen:

„*Hanning*, dor könnt ´ wi uns denken, wat uns noch bläugen deit, dit is schlimmer as dei Pest!“

He wier so wütend un lut worden, as *Hannes* em noch nie kenneliert har.

*



För de Rostocker Habenströper geef dat kein ´ gröteren Winterspijök, as de Schläden Tausamentaubinnen un as *Tweier-* orer *Viererbob* baben up de Lang`straat tau starten un denn Burgwall dahl, bit tau de Strandstraat tau rodeln. Denn warnten lutstark de Bobschläden-Mannschaften: „Bahn frie!! – Baahn frie!!“

So schallte dat ok up denn Wall vör dat Kröpeliner Dur, an ´n Kanonsbarg un in de annern tau de Warnow dahlführenden Rostocker Straaten.

Ende Februar versammelte sik de Ströpergard, üm *Fiete* Faust tautaukieken, de sienen Warnow-Schollen-Loop angekündigt har.

Sien Wett oewer denn stärksten lesbräker har hei verloren. Nu wulln alle dörbi sien, wenn *Fiete*, as einst *Jesus* in Palästina oewer ´n See löp ahn unnertau gahn. *Fiete* wull di nu oewer de lesschollen von de Warnow genauso maken. Dortau har he as Startpunkt de Silohalwinsel in de Neech von de Ludewig-Warft wählt, von wo ut de lesbräker sik morgens von Haben bit nah Warnmün ´ ein Fohrrönn bröken.

Twischen de bit einen Quadratmeter groten lesblöck har sik an ´n Nahmidach all werrer ein dünn lesschicht bildet, de oewer noch noch vör einen soebenjöhriegen Jung drachfähig wier.

Un as sik de ca. 20 cm dicke lesschollen bi ´n Beträden verhollen können, har *Fiete* ja all einmal erföhren. Un grad ingedenk disse Erföhrung wull he dat ditmal richtig maken. Dor wiern ja ok blos zirka 15 Meter von de frisch upbrakene lesfläch tau oewerqueren. Oewer all de ierste Scholl de *Fiete* mautig beträdt, begünn tau schunkeln un mit Mäuh künt hei noch de Instabilität utpendeln. Nu wier noch Tied wäst, uptaugäwen. Ein Satz trüch un *Fiete* har werrer fasten Boden unner sien Fäut hatt. Oewer dat höhnische Gebrabbel von de Meute, de doch blos dorup täufte, dat *Fiete* upgäwen wür, dreew em vörwarts up de näkst Scholl. De rührte sich kuhm! Hei kreech werrer niegen Maut un güng nu sicherer oewer de nächsten lessblöck, de all werrer faster miteinander tausamenfrozen wiern. Oewer denn, bi sienen Sprung up de letzt Scholl, landt *Fiete* nich in ´n Zentrum un dormit entstün ein instabil Schräglaag. Dor wier *Fiete* utrutscht un in de Warnow awtaucht!

De Ströper stierten nu up de Stell wo soeben noch ehr *Fiete* stahn har, starrten un luerten dat sien Kopp uptauchen un hei sik an dat faste Ufer retten wür. Oewer *Fiete* wier unner de faste lesdeck dükert un künn keinen Utgang mihr finnen.

Ein grot hülploset Gezeter sette nu in, einige löpen nah Hülp, oewer, bit dei kehm, wier dat tau lat. *Fiete* wier unnergahn!

*

Nu jammerten alle un de *Ströper* verspröken ehre Öllern, nie mihr oewer lesschollen tau loopen. Oewer dorvon is *Fiete*, de ´n poor Daach später fun wür, nu ok nich werrer lebendig worden.

Das *Schicksalsjohr* 1933 güng tau En. Ein Ereignis, dat *Hannes* Schmidt nie mihr ut

sien Gedächtnis verloren hett, passierte an ´n 23. Dezember, einen Dach vör Heiligabend:

Wihnachtsstimmung herrschte ok in de Kröpliner-Straat näben dat jüdsche Koophus *Wertheim*.

Dor trampelten de *Wihnachtsmann-Verkäufer* för Küll von ein Bein up dat annere, un priester ehre sülwstbastelten Wihnachtshampelmänner luthals an:

„Weihnachtsmann Zehn Pfennig!“

Dor kehm ein SA-Schar dörch dat Kröpliner Dur marschirt, vörwech ein Hünenkiel in ´n Brunhemd mit ein grot Hakenkrüzfahn. De Scharführer brüllte:

„Links zwo drei, links zwo drei!“

Un de Schar brüllte: „SA marschirt, Achtung, die Straße frei, die Straße frei!“

Dat Echo von de Koophüserwand güng den Passanten dörch Mark un Bein, dat se sik up de Börgerstieg, rechts und links an de Siet pressten un stramm stahnd, mit erhabene Arm de Fahn gröten deeden: „Heil ...!“

Andere makten sik rechttiedig ut ´n Stoff un verdrückten sik in de Geschäfte.

Blos de Wihnachtsmann-Verkäufer löten sik nich stüren: „Wihnachtsmann Teihn Penning!“

Ut de Marschkolonn trillerte ein Piep! SA-Männer sprängen ut de Kolonn, um de vier Verkäufer un einen ollen Mann un drei Jungs tau verprügeln. Dat alls blos, wiel se ehr Fahn nich strammstahend grüßt harn. Keiner kümmerte sik nu um denn bläudigen ollen Mann un de Knaben, de nu um ehre kaputten Hampelmänner rohrten.

De Jungs seet nich blos de Weidaach von de erlädnen Misshandlungen in de Knaaken, sonnern ok de Angst vör denn wütenden Vadder tohus.

De ganz Familie teufte doch so sihr up denn Verkoperlös von ehr mühsam bastelt Spältüch.

Nah wenig Minuten wier de Spuk vörbi.

*

Hannes har bi *Wertheim* noch ein Kleinigkeit köfft, denn hei wull einen Dach vör dat Fest nich mit leere Hän ´ dorstahn. Un utgeräkent jetzt dröp hei up disse brune Schlägerbande. Oewer denn erinnert hei sik:

„Har ick de Fahne nich grüßt, güng mi dat villicht ok so as *Alfred Winter*, denn de *Gestapo* *afhalt hett!*“ - Kommunisten un Sozialdemokraten würn jetzt nich nur von de SA un anderen Naziorganisationen jagt, sonnern ok von de Polizei, insbesondere

von de berüchtigte *Gestapo*.

Fast dächlich güngen de Häscher upgrund von Denunziationen un Verrat, oewer ok dörch apene Bekenntnisse tau ´n Antifaschismus, uprechte Demokraten un Sozialisten in ´t Netz von de Gestapo. Gefängnisse un denn ok Konzentrationslager (KZ) – von deren Existenz de gröttste Deil von de Börger lang Tied kein Ahnung har – füllten sik mit politisch Andersdenkende, tau-nähmend ok mit Juden un anner rassisch verfolgte Staatsbörger.

Um sik Rat tau halen, söchte *Simon Bernstein* sienen Sportsfründ ut denn Rostocker Yachtclub, Dr. Hans Lindenberg up, de an ´n Schröderplatz ein Arztpraxis har.

Ok sien Frau, Edith Lindenberg, engagierte sik mit Sozialarbeit för de jüdische Gemeinde.

Lindenberg schlög Simon vör, Max Samuel, denn Vörsitter von de Jüdisch Gemeinde tau befragen. Samuel wier all siet 1923 as Vörsitter tätig un kümmerte sik nah 1933 um de Gemeindeleitung un Sozialarbeit. Väle Juden har hei all tau de Flucht in ´t Utland verhulpen, un hei wür nu ok Simon Bernstein helpen.

Kurt Kaiser

Am 27. Dezember 2017 überreichte der Autor Kurt Kaiser dem Oberbürgermeister Roland Methling, im Sinne der „Soeben Rostocker Kennworten“, 7 Bücher in Plattdeutsch mit den Titeln: „Uns Meckelnborger Urgeschicht“ (Bd.1), „Rostocker Ströper“ (2), „Rostocker Hochseefischer“ (3), „Dörpgeschichten“ (4), „Klönssnack öwer Dit un Dat“ (6), „Mien Meckelnborg-Rostock-Chronik“ (7).

Auch das 5. Buch mit dem Titel: „IN MEMORIAM – Bedenken und Gedenken“, dürfte unsere Leser und Freunde der Plattdeutschen Sprache interessieren, in dem an den antifaschistischen Widerstand und der Opfer des Holocaust sowie an Börger erinnert, die als „Aktivisten der ersten Stunde“, sich für Rostock und unser Land

eingesetzt haben.

Die 7 Bücher stecken handlich in einer attraktiven Banderole. Der Preis eines Set, inkl. MwSt., beträgt 60 €, das einzelne Buch kostet 9,- €. Für eine verbindliche Bestellung bei BuchHandelsGesellschaft zu Lübeck, Taschenmacherstr.12, 23556 Lübeck / oder per Email: info@printmanufaktur.de sind folgende Angaben erforderlich:

Name, Vorname (Firma)

Lieferadresse

Anzahl ...Set a 7 Bücher

Datum: Unterschrift:

Rechnungslegung, möglichst per Email.

Nach Vorkasse-Zahlung Lieferung frei Haus.

ISBN-Nummern auf Anfrage.



Auf dem Foto v.l.n.r.: Roland Methling, Oberbürgermeister; Kurt Kaiser, Autor; Christian Kopocz, Inhaber des Verlags „BuchHandelsGesellschaft zu Lübeck“; Uwe Süßmilch, Präsident von „Klönssnack-Rostocker 7“ e.V.; Thomas von Widadern, Ehrenvorsitzender des plattdutschen Ver- ein (Foto: Jürgen Falkenberg)

Steigerung der Pflegekosten muss nicht sein: Die solidarische Bürger*innenversicherung würde mehr Geld ins System bringen. Muss man nur wollen.

DIE LINKE.

www.die-linke-mv.de

Foto: JMG / pixelio.de

Pflegekostensteigerung muss nicht sein

Angesichts der widersprüchlichen Aussagen über drohende Kostensteigerungen in der Altenpflege stellen unsere Landesvorsitzenden, Wenke Brüdgam und Torsten Koplin klar:

Es ist nicht der einzige Weg, einfach die Kosten an die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen und die Kommunen weiterzugeben.

Die Strukturen müssen verändert werden. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. DIE LINKE fordert deshalb seit Jahren die Umwandlung der gesetzlichen und

der privaten Pflegeversicherungen in eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

Für die Beitragsberechnung wären alle Einkommen heranzuziehen, also neben den bisher beitragspflichtigen Löhnen, Gehältern und Renten auch Mieten, Pachten, Dividenden und andere Einkommensarten. Durch die Verbreitung der Beitragsgrundlage würden die Einnahmen deutlich über denen der heutigen Pflegeversicherungen liegen.

Damit wären bessere Leistungen für die Pflegenden und die Gepflegten möglich. Es könnte sogar die prozentuale Beitragsbelastung für die einzelnen Versicherten sinken.

Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock

Bis zum Stadtgeburtstag 2018 wird der KLARTEXT auf einige denkwürdige Personen und Ereignisse aus der Geschichte Rostocks hinweisen. In dieser Ausgabe geht es um die die Flugzeugindustrie.

Nun wird sie doch abgetragen, Stein für Stein – die Heinkel-Mauer. Eigentlich war sie ja unter Denkmalschutz gestellt worden. Aber schon das halbherzige Stehenlassen vor einigen Jahren war nur ein Ausweichen vor einer wirklichen konzeptionellen Auseinandersetzung mit den Leistungen und Verbrechen des genialen Rostocker Flugzeugpioniers Ernst Heinkel. Wieder einmal hatte man lieber gar nichts gemacht, um sich nicht der Kritik an einem differenzierten technischen, kulturellen und moralischen Erinnerungsprojekt aussetzen zu müssen. Es ist aber wichtig sich zu erinnern und frühere Leistungen und Ereignisse angemessen zu würdigen.

Im September 2002 war eine Ausstellung über die Heinkel-Flugzeugwerke in Rostock geschlossen worden. Damals eskalierte der Streit um die Aufarbeitung ihrer Geschichte in Rostock, nachdem über Jahrzehnte fast gar nichts gemacht worden war. Die Ausstellung sahen während der Hanse Sail vom 8. bis 11. August 2002 auf Hohe Düne 1500 Besucher, der Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern und der Finanzsenator der Stadt Rostock traten auf. Nach der Hanse Sail wechselte die Ausstellung in die Halle 535 auf dem ehemaligen Neptunwerftgelände. Inzwischen hatten sich die ersten Kritiker gemeldet. (Andreas Wagner vom Beirat für Geschichte hat diese Problematik in seiner Dokumentation „Der Streit um die Geschichte der Heinkelwerke“ dargelegt. (http://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_17/Demokratische_Geschichte_Band_17_Essay_10.pdf))

Mecklenburg-Vorpommern ist die Wiege der Luft- und Raumfahrt. In Anklam hat Otto Lilienthal seine Gleitflugzeuge getestet. Wernher von Braun hat in Peenemünde

die Raketen gebaut, von denen eine bereits die Grenze zum Weltraum erreicht hat und deren Weiterentwicklungen Menschen zum Mond transportierten und noch heute regelmäßig Menschen zur Internationalen Raumstation ISS bringen. In Rostock und Warnemünde entwickelten mehrere Firmen Flugzeuge. Arado war auf Schul- und Sportflugzeuge spezialisiert, baute aber später auch Bomber. Die Ernst Heinkel Flugzeugwerke AG war eines der größten deutschen Flugzeugbauunternehmen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Bei Heinkel wurde der erste Schleudersitz zur Rettung der Piloten bei Problemen gebaut. In Rostock-Marienehe führte Pilot Erich Warsitz am 27. August 1939 mit der Heinkel He 178 den weltweit ersten düsenbetriebenen Flug durch. Dieser erste flugfähige Düsenjäger wurde von einer



Strahltriebwerke angetrieben, die von Hans Pabst von Ohain entwickelt worden war. Die Firma brachte Rostock und Warnemünde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den endgültigen Durchbruch in Sachen Industrialisierung. Rostock wurde moderne Großstadt und Hochtechnologie-Standort. Die Mitarbeiter verdienten gut und genossen viele für die damalige Zeit ungewöhnliche soziale Leistungen. Der Bau von geförderten Wohnungen für die Betriebsangehörigen ließ die neuen Stadtteile Alt-Reuthagen und Komponistenviertel entstehen.

Für die Heinkel-Werke wurden aber auch große Außenlager von KZs angelegt und auch mehrere kleinere Außenlager, die über das gesamte Deutsche Reich verteilt waren. Im Werk mussten bis zu 8000 KZ-Häftlinge arbeiten. In Krakow am See wurde beispielsweise in den Getreidehallen der mecklenburgischen Kleinstadt ein solches kleines Werk zum Bau von Flugzeugteilen für 150 bis 200 Arbeiter errichtet, dafür wurde ein Außenlager des KZ Ravensbrück, des größten Konzentrationslagers für Frauen im Deutschen Reich, für die Zwangsarbeiter errichtet.

Mit der Befreiung Rostocks durch sowjetische Truppen am 1. Mai 1945 kam das Ende des Flugzeugbaus. Alles noch irgendwie Brauchbare in den teilweise zerbombten Werksanlagen wurde demontiert und als Reparation in die Sowjetunion gebracht. Ein bedeutendes Kapitel deutscher und internationaler Technik- und Flugzeuggeschichte war beendet. Am Standort des Arado-Werkes in Warnemünde wurde die Warnowwerft gebaut und Reste der Heinkel-Werke wurden von der Neptunwerft übernommen.

Erfinder brauchen Geldgeber. Oft ist das das Militär. Das war schon so bei Archimedes und bei Leonardo da Vinci so, die wir deshalb nicht weniger verehren. Allerdings haben sie sich nicht wie Wernher von Braun und Ernst Heinkel wissentlich und willfährig mit den schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte eingelassen. Trotzdem sollten wir in geeigneter Weise ihre ingenieurtechnischen Pionierleistungen kritisch würdigen. Ohne Kenntnis von Spitzenleistungen gibt es keinen Antrieb, sich selbst hohe Ziele zu setzen.

Wolfgang Bergt

Foto: Verwaltungsgebäude der Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke in Rostock-Marienehe. (Foto abgedruckt in: Heinkel Werkzeugzeitung. Nummer 1, Januar 1938, S. 19.)

LYRIK

Land und Landschaft (von Jürgen Riedel)

Jamaika leidet unter
seichten Sprüchen
Wrack-Dilettantismus von vier Parteien

Den Harz rufmordet lautmalerisch
politneblige Kahlschlag-Partei SPD

Nicht-super-lativ (von Jürgen Riedel)

irre
irrer
Trump/Kim Jong un



Rotfeder und die Hinzukommenden

Wenn ich durch Europas Flüsse und Gewässer schwimme, gehen mir alle möglichen Gedanken durch meinen schuppigen Kopf. Wer hat da nicht schon alles an den Ufern gelebt und gewirkt? Wie viele Leute sind da nicht schon alles weggegangen oder hinzugekommen? Wie ist das Verhältnis der Alteingesessenen zu den Hinzugekommenen?

Es gibt durchaus Beispiele dafür, dass solche Völkerwanderungen nicht gut für die Entwicklung sind. Als die Vandalen und die Barbaren massenhaft an den Tiber kamen, konnte (und wollte) 200 Jahre später niemand mehr Kuppeln und Viadukte bauen und viel Kultur verschwand. Auch als Kolonisten begleitet von Missionaren über die Meere segelten und in fremde Länder einfielen, war das meist gar nicht gut für die Eingeborenen.

Es gibt aber weit mehr Beispiele dafür, dass die Hinzugezogenen zum Aufblühen ihrer neuen Heimat beigetragen haben. Als

sich zwischen Nordsee und Bodensee die unterschiedlichen Christen im 30jährigen Krieg gegenseitig an die Gurgeln gingen und die aus Flandern Verjagten in Antwerpen aufgenommen wurden, entwickelte sich diese Stadt zum Welthandelszentrum und erlebten die Niederlande ihr Goldenes Zeitalter. Als an der Themse den Juden wieder Rechte zugestanden wurden und Einwanderer aus Schottland, Irland und dem Kontinent willkommen waren, konnte sich London explosionsartig entwickeln. Als sich am Hudson massenhaft Flüchtlinge aus Europa ansiedelten, wurde aus dem kleinen Manhattan das großartige New York.

Es kann also gelingen. Es ist sogar so, dass Toleranz und Willkommenskultur vorteilhaft sind, während Abschottung, Fundamentalismus und Populismus der Entwicklung schaden.

Der belesene Goethe-Kenner Manfred Adam aus Rostock bezieht sich in seinem

Leserbrief in der Dezemberausgabe auf meine Gedanken in der Novemberausgabe des KLARTEXT zum Zeitgeist. Natürlich freut es mich als Autor, dass ich gelesen und verstanden werde. Vielen Dank. Mit Zeitgeist meinte ich allerdings keine belanglose Mode, sondern die gefährlich um sich greifende Tendenz zum Nationalismus und zur Abwehr von Fremden. Auch wenn wir mit unseren Argumenten zur Zeit nur wenige Stimmen und Mandate sicher erringen können, sollten wir sie nicht dem Zeitgeist opfern.

Das meint eure Rotfeder



DIE LINKE ist die Partei des Friedens

DIE LINKE ist die Partei des Friedens – daran lassen wir auch angesichts der aktuellen Diskussion um die Zukunft von Schiffbauprojekten in Wolgast keinen Zweifel.

Wir haben als einzige Partei und Fraktion im Deutschen Bundestag wie in den Landtagen weder Auslandseinsätze der Bundeswehr zugestimmt noch sprechen wir uns für den Export von Waffen und Rüstungsgütern aus, erst recht nicht in Kriegs- und Krisengebiete. Diese Grundposition findet sich sowohl in unserem Erfurter Parteiprogramm wie auch in Wahlprogrammen. Wer, aus welchen Motiven auch immer, anderes vertritt, äußert Positionen, die mit unserer Grundüberzeugung nicht übereinstimmen.

Es ist für uns unumstritten, dass für eine friedliche Welt auch das „Verdienen am Krieg“ unterbunden werden muss. Noch immer ist Deutschland einer der größten Waffen- und Kriegsgerät-Exporteure weltweit. Viele Konzerne verdienen an diesem Geschäft. Und dabei werden auch – abgesehen vom Bundessicherheitsrat – Rüstungsgüter in Länder verkauft, welche sich an bewaffneten Auseinandersetzungen direkt oder indirekt beteiligen. So werden vor dem Hintergrund des Kriegs im Jemen seit langem von Friedensaktivisten Lieferungen nach Saudi-Arabien kritisiert. Diese Aussagen teilen

und unterstützen wir. Auch die Lürssen-Gruppe baut, z.B. auf der Peene-Werft in Wolgast, Patrouillen-Boote für Saudi-Arabien.

Wie immer im Leben, gibt es auch hierzu Alternativen. Benötigt werden dringend Schiffe, die zur humanitären Hilfe, bei Um-

Bundes und des Landes einfließen. Ausdrücklich wollen wir berufliche Perspektiven für die im maritimen Bereich tätigen Menschen sicherstellen. Aufträge des Bundes für seine zivile Flotte, die bei humanitären und Umweltkatastrophen, beim Umweltschutz und der Meeresforschung zum Einsatz kommen sollen, sind eine Frage des politischen Willens. Die Zukunft einzelner Schiffbaustandorte hängt nicht von militärisch geprägten Aufträgen ab!

Wir fordern nach wie vor die Kürzung der Mittel im Verteidigungshaushalt entgegen der Absichten von CDU und CSU und gleichzeitig die Erhöhung der Mittel für Konversion! Angesichts der aktuellen Diskussion unterstützen wir alle Bestrebungen, Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien zu unterbinden.

Es ist für uns völlig unverständlich, dass sich mit Philipp Amthor jemand, der keinen Schimmer von Kriegs- und Krisensituationen hat, derartig unbedarft der Rüstungsindustrie andient. Er hat sich in unseren Augen schon jetzt als Vertreter der Interessen der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern völlig disqualifiziert.

DIE LINKE wird noch in diesem Jahr eine Konversionskonferenz in der Region durchführen.

Quelle: www.die-linke-mv.de



**Rüstungs-
Exporte
verbieten!**

DIE LINKE.

weltkatastrophen und zur Reinigung des Meeres von Plastikmüll zum Einsatz kommen können. Diese Schiffe und die hier zur Anwendung kommenden Technologien müssen in ein Konversionsprogramm des

Aus dem Rostocker Kreisvorstand

SOFORTINFORMATION VON DER
SITZUNG DES KREISVORSTANDES
AM 11.1.2018

Der Kreisvorstand wünscht allen Leser*innen der Sofortinfo ein gesundes neues Jahr!

Ausführlich beschäftigte sich der Kreisvorstand in seiner ersten Sitzung in 2018 mit den aktuellen Auseinandersetzungen im Landesverband. Auch auf der gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand und Kreisvorsitzenden am 6. Januar wurde ausführlich und kontrovers, u.a. über die Besetzung der Stelle des Landesgeschäftsführers, debattiert. Margit Glasow und Sandro Smolka werteten die Sitzung für den Kreisvorstand aus. Da Genossinnen und Genossen im Landesverband mit scharfer Kritik auf die Personalentscheidung reagierten hatten, wurde im Landesvorstand ein Sonderparteitag zur Neuwahl des Landesvorstandes beantragt. Dieser Antrag wurde vernünftigerweise mit großer Mehrheit abgelehnt. Stattdessen wird es eine landesweite Mitgliederversammlung am 24. März 2018 (Güstrow) geben. Im Kreisvorstand wurde daraufhin die Sorge geäußert, dass solche Veranstaltungen mit dem Risiko verbunden seien, dass der Streit weiter eskaliere. Es war bereits problematisch, dass die Diskussion über einzelne Genossen in die Öffentlichkeit getragen worden ist. Eine landesweite Versammlung zu veranstalten, nur um der Debatte nochmal ein Podium zu bieten, verstärkt die Öffentlichkeit des Konfliktes und könnte diesen schüren statt heilen.

Auf Vorschlag von Carsten Penzlin verständigte sich der Kreisvorstand (bei einer Enthaltung) auf folgende Position zu den Auseinandersetzungen im Landesverband: *Der Kreisvorstand hat Verständnis dafür, dass zu bestimmten Fragen ein großer Diskussionsbedarf entstanden ist. Diese Debatten haben in den dafür vorgesehe-*

nen Gremien (Landesvorstand, Landesausschuss) stattgefunden, viele offene Fragen konnten geklärt werden. Auch wenn nicht jede Genossin/jeder Genosse überzeugt werden konnte, ist es an der Zeit, die im Landesvorstand demokratisch getroffenen Entscheidungen zu akzeptieren, die Personaldebatten zu beenden und zur inhaltlichen Arbeit zurückzukehren. Hier haben die beiden Landesvorsitzenden in den vergangenen Wochen neue Impulse gesetzt, die wir als Kreisvorstand gerne aufgreifen und unterstützen wollen. Gelegenheit hierzu werden wir z.B. auf den 2018 stattfindenden Regionalkonferenzen haben. Der Kreisvorstand hofft auf eine breite Beteiligung der Parteibasis, auch aus Rostock. (* Mittlerweile hat die Landesschiedskommission die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen des Landesvorstandes bestätigt.)*



2019 wird ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Der Kreisvorstand tauschte sich erstmals zum Stand der Kandidaturen und zum Verfahren der Kandidatenaufstellung aus. Unser OB-Kandidat soll im Herbst 2018 auf einer Gesamtmitgliederversammlung aufgestellt werden. Der Kreis-

vorstand will zum Ende des 1. Halbjahres eine Personalempfehlung aussprechen. Das Rostocker Friedensbündnis hat sich an den Kreisvorstand mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Da Mitstreiter*innen fehlen, verliert das Friedensbündnis zunehmend an Aktionsfähigkeit. In diesem Jahr geht es konkret um die Absicherung des Ostermarsches am 31.3. Eva und Sandro erklärten sich bereit, am Ostersonntag zu helfen. Wir wären sehr froh, wenn sich weitere Genoss*innen an der Organisation des Ostermarsches beteiligen würden. Darüber hinaus braucht das Friedensbündnis dringend Mitstreiter, die sich dauerhaft im Bündnis engagieren.

Die im Dezember gegründete Projekt-AG „Broschüre Bürgerbeteiligung“ kann ihre Arbeit noch nicht aufnehmen, da der Landesvorstand zuvor über die Finanzierung des Vorhabens entscheiden muss. Wir halten Euch auf dem Laufenden.

Margit Glasow berichtete über die am 1.12.2017 stattgefundenene Veranstaltung zur Inklusion im Bildungswesen. Die Veranstaltung war mit 50 Teilnehmer*innen und interessanten Diskussionen ein voller Erfolg. Margit kündigte an, eine weitere Veranstaltung organisieren zu wollen.

Der Kreisvorstand beruft für den 10. März die 1. Tagung des 6. Kreisparteitages ein (Beginn: 9 Uhr, Waldemar Hof). Auf der Tagesordnung stehen die Wahl des Kreisvorstandes und der Kreisfinanzrevisionskommission sowie die Vorbereitung der OB- und Kommunalwahl. Die 2. Tagung beruft der Kreisvorstand für den 1. Dezember 2018 ein. Dann wollen wir das Kommunalwahlprogramm verabschieden; den Delegierten soll ein Listenvorschlag des Kreisvorstandes zur Kommunalwahl vorgestellt werden.

Carsten Penzlin, Kreisvorsitzender

DIE LINKE. M-V als Bündnispartner für mehr soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. M-V sieht den Landesverband als Bündnispartner all derjenigen, die für eine friedliche Außenpolitik und für mehr soziale Gerechtigkeit streiten. Er strebt Aktionsbündnisse an, die sich diesen Zielen verpflichten bzw. ist daran interessiert, sich an solchen zu beteiligen. Ob zu den traditionellen Ostermärschen in diesem Frühjahr, wie etwa in Schwerin, oder aus

Anlass des „equal pay day“, bei dem es um gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit bei Männern und Frauen geht: DIE LINKE. M-V sucht die Partnerschaft und Vernetzung mit Gewerkschaftern, Sozialverbänden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Kulturschaffenden.

Angesichts einer vom Vorsitzenden der Linksfraktion im Saarland, Oskar Lafontaine, beworbenen linken Sammlungsbewegung, ist der Landesvorstand der Auffassung, dass es hierbei nicht um eine weitere Struktur im linken politischen Spektrum gehen soll, schon gar nicht um

eine neue Partei. Wir sehen DIE LINKE auch weiterhin als eine eigenständige Partei, die für Vernetzungen offen ist. Solche müssen sich aus inhaltlichen Gründen ergeben. Etwa, wenn es darum geht, statt einer Ausweitung des Reichtums von Aktionären, Kinderarmut zurückzudrängen und letztlich zu beseitigen. Oder wenn es darum geht, statt fortgesetzter Rüstungslieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, die humanitäre Hilfe Deutschlands auszubauen. In diesem Sinne wollen wir unserer Rolle als Bündnispartner gerecht werden.
www.die-linke-mv.de

TERMINE AUS HRO UND LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
So., 4.2.		Bürgermeisterwahl in Wittenbeck		
Mo., 12.2.	18:00 Uhr	Forum mit Bernd RieXinger	Güstrow	Bürgerhaus, Sonnenplatz 1
Mi., 14.2.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Broderst.	"Mooreiche"
Mi., 21.2.	16:30 Uhr	Kreistagssitzung		
Do., 22.2.	19:30 Uhr	RLS: Vortrag "Jenseits von Schuld und Fetisch. Perspektiven jüdischen (Queer-)Feminismus" (siehe unten)	Rostock	Peter-Weiss-Haus Doberaner Str. 21
So., 25.2.	19:00 Uhr	RLS: "NSU-Monologe" Von der Bühne für Menschenrechte und Vortrag mit Katharina König (siehe unten)	Rostock	Bühne 602, Warnowufer 55
Mo., 26.2.	18:00 Uhr	Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR" mit Kauf- und Signiermöglichkeit	Rostock-Südstadt	Berghotel (eh. Apotheke)
Do., 1.3.	15:00 Uhr	Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR" mit Kauf- und Signiermöglichkeit	Rostock	Geschäftsstelle Kröpeliner Str. 24
Mi., 7.3.	18:30 Uhr	Linksjugend Rostock: Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR" mit Kauf- und Signiermöglichkeit	Rostock	Geschäftsstelle Kröpeliner Str. 24
Do., 8.3.	15:00 Uhr	Frauentagsfeier mit MdB Heidi Bluhm	Bad Dob.	Kornhaus
Do., 8.3.		Verteilaktion zum Frauentag Krankenhaus und Innenstadt	Güstrow	
Sa., 10.3.	09:00 Uhr	Kreisparteitag HRO	Rostock	Waldemar Hof
Di., 13.3.	18:00 Uhr	Buchvorstellung Henning Schleiff "Rostock in der DDR" mit Kauf- und Signiermöglichkeit	Rostock-Schmarl	Haus 12, Am Schmarler Bach 1
Mi., 14.3.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Kritzow	"Strike"
Sa., 24.3.	11-16 Uhr	Landesbasiskonferenz	Güstrow	Bürgerhaus, Sonnenplatz 1
So., 25.3.		Bürgermeisterwahl in Teterow, Kandidat: Andreas Lange (parteilos)		
Sa., 21.4.		Klausur des LRO-Kreisvorstandes (Vorbereitung Europawahl, Zwischenbilanz Kreistagswahlprogramm 2014, Mitgliedergewinnung)	Dolgen am See	Hotel "Herrenhaus"

Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ort und Zeit siehe Terminliste

NSU-Monologe

Nach 400 Aufführungen der Asyl-Monologe und Asyl-Dialoge erzählt die Bühne für Menschenrechte genau fünf Jahre nach dem Bekanntwerden des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ in den NSU-Monologen von den jahrelangen Kämpfen dreier Familien der Opfer des NSU. Dabei erzählen die NSU-Monologe nicht von namenlosen Opfern, sondern von Elif Kuba ik und Adile im ek und dem gewaltvollen Verlust ihrer Ehemänner sowie von smail Yozgat und der Trauer um seinen Sohn. Wir erfahren vom Mut der Hinterbliebenen, in der 1. Reihe eines Trauermarschs zu stehen, von der Willensstärke, wiederholt die Umbenennung einer Straße einzufordern und nicht zuletzt vom Versuch, die eigene Erinnerung an den geliebten Menschen gegen die vermeintliche Wahrheit der Ermittler zu verteidigen. Wenn in den NSU-Monologen die Schauspieler_innen mal behutsam, mal fordernd, mal wütend ihre Stimme erheben, dann erzählen sie roh und direkt die Erfahrungen der Hinterbliebenen und liefern uns intime Einblicke in das Hofen und Bangen menschlicher Existenzen, denen wir uns nicht mehr entziehen können. Die NSU-Monologe entstanden durch ausführliche Interviews, lediglich gekürzt und ohne sprachliche Veränderungen - ein Werk zeitgenössischer Geschichtsschreibung, das in Zeiten des Erstarkens der AfD und des eu-

ropäischen Faschismus an Aktualität kaum zu überbieten ist.

Gemeinsame Veranstaltung der RLS mit der Initiative „Mord verjährt nicht“ und der Hansestadt Rostock

*

Jenseits von Schuld und Fetisch

Wer hier auf einen Vortrag zu Antisemitismus hofft, wird leider enttäuscht! Wer dagegen Lust hat eine Idee davon zu bekommen, was jüdischer (Queer_)Feminismus ist: THAT'S YOUR PLACE TO BE!!!

Dabei kreist der Abend um 1 Millionen Fragen: Warum brauchen wir dringend jüdische Perspektiven in unseren Debatten um Intersektionalität? Warum wären/sind jüdische Perspektiven eine Bereicherung unserer unjüdischen queeren Politiken? Warum ist „jüdisch“ nicht gleich religiös? Warum ist religiöse_r Jüd_in zu sein aber durchaus widerständig? Was sind eigentlich wc-Deutsche? Wer war eigentlich der Schabbeskreis? Welche Geschichte jüdisch-queeren Widerstands gibt es in der BRD? Und was hat das alles mit Queer_Feminismus zu tun? Ganz schön viel auf einmal? Auf jeden Fall! Denn das Judentum versteht Fragen als Ursprung von Wissen! Schauen wir also gemeinsam wohin wir kommen und ob wir am Ende überhaupt Antworten brauchen. An alle Jüd_innen: Ich freue mich auf Euch. Bringt gerne Eure Gedanken und Fragen mit! Hinweis für christlich-sozialisierte Menschen: nehmt mit Euren Fragen und Anmerkungen bitte Rücksicht auf alle anderen.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Illusion
(von Janina Niemann-Rich)

Im Wartesaal der Sehnsuchtsträume
wachsen meist nur Schaumkronenbäume

Abschluss
(von Janina Niemann-Rich)

Tränenrank getrunken
versunken
im Strom
ICH

Kahler Kalender
(von Jürgen Riedel)

Winter der Obdachlosen
auch im Sommer

Hans Modrow zum 90.

Am 27. Januar konnte unser Bundestagsabgeordnete Dietmar Bartsch Hans Modrow zu seinem sage und schreibe 90. Geburtstag gratulieren und ihm herzlich danken für ein kämpferisches Leben. Auf Facebook erklärte Dietmar aus diesem Anlass: „Dass linkes Denken und Tun in unserem Land heute möglich ist und eine Zukunft hat, ist so selbstverständlich nicht in dem Jahr, in dem wir nicht nur seinen Neunzigsten, sondern auch den Zweihundertsten von Karl Marx feiern. Dass wir den demokratischen Sozialismus nicht

gänzlich ins Reich der Utopie verbannen müssen, hat wesentlich mit Hans Modrow zu tun, es hat zu tun mit vielen Genossinnen und Genossen seiner Generation. Also: Glück auf, lieber Hans! Alles erdenklich Gute und viel Gesundheit!“



Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt: Das Traditionsschiff



Gewinner: Angela Merkel. Bundestagswahl verloren, aber immer noch da.

Verlierer: Mecklenburg-Vorpommern bleibt Deutschlands Lohnkeller: Laut „Gehaltsatlas 2018“ liegt das Land bundesweit mit 73,5 Prozent des Durchschnitts auf dem letzten Platz.

Monatszitat

„Wir sind die soziale Opposition im Deutschen Bundestag. Das ist die Aufgabe, die uns die Wählerinnen und Wähler gegeben haben. Ich halte von einer Sammlungsbewegung ohne eine gesellschaftliche Grundlage nichts.“ Dietmar Bartsch
„Erfolgreiche Neugründungen entstehen nicht als Idee im Interview, sondern aus gesellschaftlichen Bewegungen, die wir nicht erfinden können.“ Katja Kipping

Monatszähl

Die Bundeswehr hat noch nie so viele Minderjährige an der Waffe ausgebildet wie 2017. Die Zahl der Soldaten, die bei Dienstantritt noch nicht volljährig waren, stieg im vergangenen Jahr auf 2.128, darunter 448 Mädchen. Der Eintritt in die Bundeswehr muss Volljährigen vorbehalten sein, ansonsten macht sich Deutschland völlig unglaublich bei der internationalen Ächtung des Einsatzes von Kindersoldaten.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer ist unsere Bürgermeisterkandidatin in Graal-Müritz?
2. Wie hoch sollte der Mindestlohn nach Ansicht der LINKEN sein?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.04.2018